

### Selbstständiger Antrag

An das  
Präsidium des  
Vorarlberger Landtages  
Landhaus  
6900 Bregenz

Beilage 91/2022

Bregenz, 30. Juni 2022

## **Gehaltsbonus für Pflegekräfte noch in diesem Jahr auszahlen**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
von der Bundesregierung wurde im Mai 2022 eine "Pflege-Milliarde" beschlossen. Eine Reform, deren Herz – ein 520 Millionen Euro Gehaltsbonus für Pflegekräfte – freilich lediglich auf zwei Jahre befristet ist. Danach hätten Bund und Land mittels Finanzausgleich neu zu verhandeln, so Gesundheitsminister Johannes Rauch.

Weil davon auszugehen ist, dass dieses Bundesgeld erst im Frühjahr 2023 (rückwirkend) zur Auszahlung kommt, hat der Tiroler Landtag bereits jetzt schon 44 Mio. Euro freigegeben, damit eine Überweisung noch im Laufe des Herbstes 2022 möglich ist. Das Land streckt dem Bund damit für 2022 und 2023 je 22 Mio. Euro für den Gehalts-Bonus vor.

Der Sozialdemokratische Landtagsklub ist der Überzeugung, dass auch die Vorarlberger Pflegekräfte es verdient haben, den ihnen zustehenden Gehaltsbonus für ihre enormen Belastungen noch in diesem Jahr zu erhalten. Der Budgetaufwand für das Land ist dabei vergleichsweise gering, da es sich ja lediglich um einen Vorschuss handelt, der vom Bund später ersetzt werden wird. Nach über zwei Jahren der Pandemie gibt es daher keinen Grund, diese Berufsgruppe noch länger darauf warten zu lassen.

In diesem Sinne stellen die unterzeichnenden Abgeordneten gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

# **A N T R A G :**

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die vom Bund im Zusammenhang mit der Pflegereform in Aussicht gestellten Gehaltsboni vorzufinanzieren und noch im Jahr 2022 an die Pflegekräfte auszuzahlen.“

LAbg. Elke Zimmermann

LAbg. Manuela Auer

Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 8. Sitzung im Jahr 2022, am 5. Oktober, den Selbstständigen Antrag, Beilage 91/2022, mit den Stimmen der VP-Fraktion und der Fraktion Die Grünen sowie des fraktionslosen Abg. Hopfner mehrheitlich abgelehnt (dafür: FPÖ, SPÖ und NEOS).

Hinweis: siehe auch Vorlage des Sozialpolitischen Ausschusses, Beilage 118/2022